

VENRO-Beitrag zum Thema „Internationale Verantwortung und Entwicklung“ beim Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestags am 19. Oktober 2022

Herausforderungen für die internationale Verantwortung und Entwicklung

Die Welt steht vor großen Herausforderungen mit Blick auf die nachhaltige Entwicklung und die Erreichung der Ziele der Agenda 2030. Die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie haben die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit weltweit weiter wachsen lassen. Der rasch fortschreitende Klimawandel, andauernde Konflikte und der Krieg in der Ukraine werden die Ernährungssituation von Millionen Menschen nochmals verschärfen. Derzeit leiden nach Schätzungen der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) 828 Millionen Menschen an Mangelernährung und akutem Hunger. Gleichzeitig hat die Pandemie selbst wie auch die Folgen der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung schwere Auswirkungen auf die ohnehin schon fragilen Gesundheitssysteme und die bislang erzielten Erfolge zur Erreichung von SDG 3 gehabt. Vor der Pandemie waren deutliche Fortschritte in den Bereichen reproduktive, Mütter- und Kind-Gesundheit sowie Immunisierung und Behandlung von übertragbaren Krankheiten zu verzeichnen. Die Effekte des Klimawandels belasten die Ernährungs- und Gesundheitssituation weltweit. Der IPCC zeigt deutlich auf, dass die aktuelle Politik auch zukünftig zu steigenden Treibhausgasemissionen führen und damit Dürren sowie Extremwetterereignisse gerade die am meisten von Armut betroffenen Länder besonders in ihrer Entwicklung treffen werden. Darüber hinaus wird der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement für Nachhaltigkeit, Demokratie, Frauenrechte und den Schutz der Menschenrechte sowie marginalisierter Gruppen weltweit immer kleiner. Laut des Atlas der Zivilgesellschaft 2022 leben nicht einmal zwölf Prozent der Weltbevölkerung in Staaten, in denen Menschen weitgehend ungehindert ihre Meinung sagen, sich versammeln und gegen Missstände protestieren können.

Um die Ziele der Agenda 2030 angesichts dieser Entwicklungen dennoch zu erreichen und um dem komplexen Zusammenspiel, insbesondere der Bereiche Klima, Gesundheit und Ernährung gerecht zu werden, bedarf es aus unserer Perspektive folgender Maßnahmen:

- Das Prinzip „niemanden zurücklassen“ muss endlich durch geeignete Maßnahmen umgesetzt werden, unter anderem durch die Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Ihre Überarbeitung muss deshalb die internationalen Effekte, insbesondere auf die am meisten von Armut betroffenen Länder in den Blick nehmen und dafür sorgen, dass auch über die Strategie eine kohärentere deutsche Politik erreicht wird.
- Eine feministische Entwicklungspolitik muss konsequent und kohärent umgesetzt werden. Sie kann mit ihrer Zielsetzung, die gleiche politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten, somit auch zu mehr Nachhaltigkeit in der Welt beitragen. Transformative Ansätze zur Stärkung individueller Handlungsräume, zur Veränderung von Beziehungen zwischen Menschen und zum Abbau diskriminierender Strukturen und Normen sind hier entscheidend.
- Die deutsche Nachhaltigkeitsgovernance muss deutlich gestärkt und auf mehr Kohärenz ausgelegt werden. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung muss zu einem regulären Ausschuss des Bundestags aufgewertet werden. Aber auch die Gesetzesfolgenabschätzung muss verbessert und geeignete neue Indikatoren müssen in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden, um die internationalen

Auswirkungen deutscher Politik gezielter hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitswirkung erfassen zu können.

Mit Blick auf die oben genannten drei zukunftsrelevante Nachhaltigkeitspolitikfelder – Ernährung, Gesundheit und Klima – möchten wir folgende Vorschläge unterbreiten:

Ernährungssicherung und nachhaltige Ernährungssysteme

Über Jahrzehnte haben die Staaten eine Welternährungsstrategie verfolgt, die abhängig von globalen Nahrungsmittellieferketten ist. Lokale und regionale Produktions- und Handelskapazitäten wurden nur unzureichend auf- und ausgebaut. Das bisherige System ist anfällig für Klimawandelfolgen und Naturkatastrophen, Pandemien und Kriege. Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg haben die Fragilität dieser Strategie abermals deutlich vor Augen geführt.

Die globalen Ernährungssysteme müssen resilienter, gerechter und nachhaltiger werden. Die Ernährungssouveränität muss dabei gestärkt werden und das Menschenrecht auf Nahrung verwirklicht. Abhängigkeiten in den Wertschöpfungs- und Lieferketten müssen transformiert und damit lokalisiert werden, um insbesondere die Ernährungssituation in den am meisten von Armut betroffenen Ländern zu verbessern. Abhängigkeiten, vor allem von Nahrungsmittelimporten, aber auch von chemischen Düngemitteln sowie kommerziellem Saatgut in den Lieferketten müssen reduziert werden.

Wir begrüßen, dass die Regierungsparteien die Ernährungssicherung verbessern und nachhaltige Anbaumethoden, wie agrarökologische Ansätze, sowie den Wissens- und Technologietransfer in der (klein)bäuerlichen Landwirtschaft unterstützen. Die nachhaltige Transformation der Landwirtschaft und der Ernährungssysteme für mehr Resilienz muss durch gezielte Investitionen vorangetrieben werden, die vor allem (klein)bäuerliche Betriebe und nachhaltige Ansätze im Anbau unterstützen, die sozialkompatibel und klimaschonend sind.

Anpassung an und Minderung der Folgen des Klimawandels

Der Klimawandel hat gravierende Auswirkungen auf die Lebens-, Gesundheits- und Ernährungssituation von Millionen von Menschen. Für diese ist es deshalb überlebenswichtig, dass die Ziele des Pariser Abkommens erreicht und gezielte Maßnahmen zur Anpassung und Minderung umgesetzt werden. Hierfür sind vor allem mehr finanzielle Mittel notwendig. Wir halten einen Anstieg der deutschen Haushaltsmittel für die internationale Klimafinanzierung auf mindestens 8 Milliarden Euro pro Jahr bis 2025 durch neue und zusätzliche Mittel für notwendig. Hinzu kommen konkrete neue und zusätzliche Zusagen für Mittel zum Umgang mit Schäden und Verlusten (über die Zusagen für Minderung und Anpassung hinaus). Entsprechend sollte das neue Klimafinanzierungsziel (NCQG) für die Zeit ab 2025 sowohl Anpassung und Minderung als auch die finanziellen Bedarfe der verwundbaren Länder bei der Bewältigung von Schäden und Verlusten berücksichtigen.

Mit Blick auf Maßnahmen der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit sowie Finanzierungen von multilateralen Geberorganisationen halten wir es für wichtig, auf integrierte Programme (Wasser- und Ernährungssicherheit, Schutz der Biodiversität, Geschlechtergerechtigkeit usw.) hinzuwirken, um den systemischen Folgen des Klimawandels gerecht zu werden. Die Anzahl der Klima- und Energiepartnerschaften, darunter Just Energy Transition Partnerships (JETPs), sollten ausgeweitet werden, um insbesondere Ländern in Afrika ein attraktives Angebot für die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien zu machen. Klima- und

Energiepartnerschaften müssen sich dabei an verbindlichen ökologischen und sozialen Kriterien orientieren und eine frühzeitige und umfangreiche Einbeziehung der nationalen Zivilgesellschaft gewährleisten

Gesundheit

COVID-19 stellt immer noch eine bedeutende Belastung der schwachen und unterfinanzierten Gesundheitssysteme in den am stärksten von Armut betroffenen Ländern dar. Die sozialen und ökonomischen Folgen haben das Ziel, für alle Menschen eine universelle Gesundheitsversorgung zu erreichen stark zurückgeworfen. Deshalb ist es notwendig, noch gezielter die (lokalen) Gesundheitssysteme in Ländern mit niedrigem Einkommen zu unterstützen. Hierzu zählt auch die Aus- und Fortbildung sowie die nachhaltige Finanzierung von Personal, insbesondere im Bereich der Basisgesundheitsversorgung (Community&Animal Health Workers). Um die Lücke an Pflegepersonal in Deutschland zu füllen, soll die neue Bundesregierung laut Koalitionsvertrag auf einen verstärkten Zuzug aus anderen Ländern setzen. Dies darf keinesfalls auf Kosten der Gesundheitsversorgung der Herkunftsländer geschehen.

Programme, etwa zur Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten, Immunisierungskampagnen, Schwangerenvorsorge, Langzeitbehandlungen von TB, HIV/AIDS und chronischen Krankheiten sowie der Zugang zu Kontrazeption, müssen schnell wieder hochgefahren, damit bisherige Erfolge nicht vollständig zunichte gemacht werden. Aber auch der Zugang zu geeigneten Diagnostika, Medikamenten und Impfstoffen gegen COVID-19 sowie andere Infektionskrankheiten muss deutlich verbessert werden. Hierfür ist es notwendig, neue, verbesserte und bezahlbare Medikamente und Diagnostika auf den Markt zu bringen und lokale Produktionsstätten aufzubauen. Sinnvoll wäre eine Aussetzung von Verpflichtungen des TRIPS-Abkommens, um die Produktion von Impfstoffen, vor allem von modernen mRNA-Impfstoffen gegen COVID-19, im globalen Süden zu fördern. Mit Blick auf die Pandemieprävention ist die Umsetzung eines One Health-Ansatzes besonders relevant. Er dient darüber hinaus auch der Gesundheitssystemstärkung und der Verbesserung der sozialen und ökonomischen Bedingungen von Gesundheit der Menschen vor Ort. Um sicherzustellen, dass Gesundheitsmaßnahmen an den Bedarfen von vulnerablen Gruppen ausgerichtet sind, müssen zivilgesellschaftliche Gruppen in die Konzeption und Umsetzung der Maßnahmen eingebunden werden.

Zivilgesellschaftliche Handlungsräume

Um zivilgesellschaftliche Handlungsräume und Menschenrechte zu schützen, müssen zivilgesellschaftliche Akteur_innen verstärkt strategisch in relevante Politikprozesse und Maßnahmen einbezogen werden. Wirkungsvolle Partizipation setzt auf unterschiedlichen Ebenen an. So können zivilgesellschaftliche Vertreter_innen in Regierungsverhandlungen und -konsultationen oder bei parlamentarischen Reisen gezielt einbezogen werden. Darüber hinaus muss sich Deutschland in internationalen Foren, wie dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, dafür einzusetzen, dass das Recht auf finanzielle Ressourcen, einschließlich einer Finanzierung aus dem Ausland, als integraler Bestandteil des Rechts auf Vereinigungsfreiheit ausdrücklich anerkannt und gestärkt wird. Das Programm des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestags „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ sollte ausgebaut werden, insbesondere auch mit Blick auf den Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen. Abgeordnete sollten auf Auslandsreisen gezielt den Austausch mit Vertreter_innen der Zivilgesellschaft vor Ort suchen. Bei Treffen mit Regierungsvertreter_innen im Ausland, mit Abgeordneten des Gastlandes und mit deutschen oder europäischen Auslandsvertretungen sollte die Bedeutung einer lebendigen Zivilgesellschaft und schwindender Handlungsräume thematisiert werden.

Hinweise auf aktuelle VENRO-Publikationen zum Thema „Internationale Verantwortung und Entwicklung“:

[Zeitenwende für Klimagerechtigkeit. Forderungen zur 27. Weltklimakonferenz in Ägypten](#) (2022)

[Bundeshaushalt 2022. Eine Welt im Ausnahmezustand](#) (2022)

[Erwartungen an eine feministische Entwicklungspolitik](#) (2022)

[Zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume weltweit stärken. Empfehlungen an die Bundesregierung und den Bundestag](#) (2022)

[Nur mir einem inklusiven Multilateralismus lässt sich nachhaltige Entwicklung finanzieren](#) (2022)

[Nachhaltige Entwicklung braucht eine starke Finanzierung](#) (2022)

[Die Agenda 2030 muss zum Leitprinzip deutscher Politik werden](#) (2021)

machbar-Bericht [„Das große Ganze – Wie wir Ernährung, Klima und Gesundheit zusammen-denken können“](#) (2021)

Weitere Publikationen finden Sie unter: <https://venro.org/publikationen>

Informationen zu unserer Arbeit über den Nachhaltigkeitsbereich hinaus erhalten Sie unter: www.venro.org

Folgen Sie unserer Arbeit auch auf Social Media:

VENRO-Blog: <http://blog.venro.org/>

Facebook: <https://www.facebook.com/venro.eV/>

Twitter: https://twitter.com/venro_eV

Kontakt:

Dr. Sonja Grigat
Referentin Bereich Globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung
Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO)
Stresemannstr. 72
10963 Berlin
Tel.: 030 / 26 39 299 22
Email: s.grigat@venro.org